



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 25.01.2007

## **Amokdrohung im Dezember Landesregierung drückt sich vor konkreten Aussagen**

Die Antworten aus dem Kultusministerium auf einen Fragenkatalog der Grünen zur Informationspolitik der Landesregierung nach der Amoklauf-Drohung sind schon sehr bemerkenswert. Bemerkenswert vor allem deshalb, weil das Kultusministerium die gestellten Fragen zu den Vorkommnissen um die Bearbeitung der Amokdrohung im Dezember 2006 beantwortet hat.

Die Tatsache, dass der Kultusminister Fragen zur *Lagebeurteilung durch die Polizei*, zu *Ermittlungsergebnissen der Polizei* und zum *Problem der Trittbrettfahrer* beantwortet hat, scheint den Schluss zuzulassen, dass man sich im Innenministerium um die Beantwortung gedrückt hat.

„Da hat man wohl nach dem Motto gehandelt: < Wer die Suppe eingebrockt hat, der soll sie auch auslöffeln >“, erklärte dazu der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP); Josef Schneider, heute in Stuttgart.

Offenkundig wurde ein Teil der gestellten Fragen überhaupt nicht bzw. nur sehr vage beantwortet. Die Kernfragen bleiben offen und die Aussage, dass es Einvernehmen zwischen dem Innenministerium und dem Kultusministerium über die öffentliche Warnung gegeben hat, ist schlicht falsch. Innerhalb der Polizei wurden die Nachrichten über die Amokdrohung am 05.12.06 mit einem Geheimhaltungsgrad zu einer Zeit gesteuert als die Warnmeldung bereits in den Funkmedien verbreitet wurde. Diese Tatsache ist zusammen mit dem Wortlaut der Pressemeldung des Kultusministeriums vom 05.12.2006 der Beweis dafür, dass kein Einvernehmen über die Informationen an die Medien vorhanden war.

Josef Schneider: „Wir hoffen jetzt, dass sich die Fraktion der Grünen mit diesen Antworten nicht zufrieden geben wird. Wir wollen wissen, wer in gleichen oder ähnlichen Lagen in der Zukunft das Sagen hat. Es darf nicht mehr vorkommen, dass in derart schwierigen Lagen im Kultusministerium eine Entscheidung getroffen wird, die aus polizeilicher Sicht ausschließlich vom Innenministerium getroffen werden kann.“

**Herausgeber:**  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**Landesbezirk Baden-Württemberg**  
**Maybachstr. 2**  
**71735 Eberdingen-Hochdorf**

**Rufnummer für Rückfragen:**  
**Josef Schneider, Landesvorsitzender, 0171/4669911 oder 09342/37414 (am 25.01.07)**